



Arbeiter-Stimme



ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1:50 Deutschland Mark 1:20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

3. Jahrgang

Juni 1929

Nr. 44

Fortschreitende Offensive der Bourgeoisie

Heimwehrrangriff: um das Mietengesetz noch vor dem 1. August zu brechen.

Teuerungsangriff: um die Bauern fest hinter den Kapitalisten zu halten.

Offene Ankündigung des bewaffneten Marsches der Faschisten nach Wien für den Herbst zur Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur.

Trotz des Aufmarschverbots sind die Heimwehren aufmarschiert. Bewaffnet aufmarschiert. Die Pfaffen segnen ihre Waffen. Die Gendarmerie steht vor ihnen Spalier und macht aus ihrer Zusammenarbeit mit den Heimwehren nicht das geringste Geheimnis mehr. Den Aufmärschen in

Aspang und Gmunden

werden weitere bewaffnete Aufmärsche folgen und demnächst in Tirol große Heimwehrmanöver.

Herr Streruwitz

führt sehr schöne Reden. Aber die süßesten Redensarten können niemanden täuschen, daß die Auftraggeber des Herrn Streruwitz,

die Kapitalisten

diejenigen sind, die die Heimwehr finanzieren und dirigieren. Das Auftreten des Industriellenverbands hat das sinnfällig bewiesen.

Wenn die Heimwehren so handeln wie sie handeln, so handeln sie im Auftrag der Kapitalistenklasse.

Und wenn die Heimwehr über den einen oder anderen bürgerlichen Politiker schimpft, so schimpft sie im Auftrag der führenden Gruppe der Bourgeoisie, des

Finanzkapitals

welches verlangt, daß sich alle bürgerliche Politik der finanzkapitalistischen Führung unterordnet.

Es ist kein Widerspruch, daß die Bourgeoisie zu gleicher Zeit den

Teuerungsangriff

vortreibt. Daß die Teuerung selbst die Mittelschichten in der Stadt trifft, nimmt die Kapitalistenklasse in Kauf, denn weit wichtiger ist ihr die

Bauern

für absehbare Zeit desto fester hinter sich zu stellen. Um des Fremdenverkehrs willen haben die Landeshauptleute das Aufmarschverbot erlassen. Doch wichtiger noch als dies ist den Kapitalisten der

Bruch des Mietengesetzes.

Die plötzliche Schwenkung des Industriellenverbandes, die Heimwehroffensive trotz des Aufmarschverbots, sie hat ein doppeltes Ziel:

Die Bourgeoisie will den Bruch des Mietengesetzes derart, daß er sich schon mit dem nächsten Zinstermin am 1. August, auswirkt und derart, daß die Sozialdemokratie dieses ihr wichtigstes Agitationsmittel verliert.

Aber es geht um mehr. Ohne alle Phrasen läßt die

Bourgeoisie

vollkommen offen

ankündigen

die Aufrichtung der

faschistischen Diktatur im Herbst

Das sind die Tatsachen, über die sich heute kein Arbeiter mehr täuschen darf.

Die Sozialdemokratie

stellt ihre Rechnung noch immer auf „Verständigung“ und auf Volksabstimmung oder Neuwahlen.

Was versteht die Sozialdemokratie unter

„Verständigung?“

daß sie in der Praxis im großen und ganzen ihre Zustimmung zu dem gibt, was die Kapitalisten wollen. Siehe Straßenpolizei. Der Sozialdemokratie ist kein Opfer der Arbeiter zu gering, um sich den Weg zur „Zusammenarbeit“ zu bahnen, zur — Koalition.

Also wäre der faschistische Kurs für die Bourgeoisie überflüssig? Gewiß, wenn die Arbeiter in der Tat bereit wären, sich die Haut am Leibe schinden zu lassen, weil die Sozialdemokratie dazu — um der „Verständigung“ willen — den Segen gegeben. Daran nun haben die Kapitalisten, Realpolitiker die sie nun einmal sind, begründete Zweifel. Sie lassen sich die guten Dienste der Sozialdemokratie gefallen, aber sie gehen Nummer sicher und darum gehen sie den Weg zur faschistischen Diktatur.

Und die Volksabstimmung oder Neuwahlen? Die Bourgeoisie ist fest entschlossen, dazu zu greifen, bis es — ihr paßt.

Auf dem Parteitag der SPD, hat Ellenbogen erklärt: „Die österreichische Sozialdemokratie hat ihre notwendigen Vorkehrungen zur Verteidigung gegen den Faschismus getroffen“. Die Überprüfung durch die Tatsachen kommt im Herbst. Aber sollen wir Arbeiter warten, bis die Tatsachen uns blutig beweisen, daß die sozialdemokratischen Parlamentsgänger gegen die Bourgeoisie nur eines können: schnattern?!

Nach all den Erfahrungen zehn geschlagener Jahre können nur hoffnungslose Narren glauben, daß die Sozialdemokratie einen ernstesten Abwehrkampf gegen den Faschismus wirklich vorbereitet.

Die Offensive der Kapitalisten geht gegen die Arbeiterklasse

Da war die Gewerkschaftspresse voll des Ruhmens über die zehn Prozent, um die die

Löhne

gehoben wurden. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß dennoch die Reallöhne

gesunken

sind, weil die Arbeiter dafür um 10, 20, 30 und mehr Prozent höhere Arbeitsleistungen erbringen müssen. Und nun zerinnen diese paar Prozent Lohn mehr in der von der Bourgeoisie bewußt herbeigeführten Teuerung. Wenn sich die Arbeiter ein

bischen Fleisch vergönnen wollen, sind die paar Prozent beim Teufel. Von dem Hunger der Arbeitslosen nicht zu reden.

Und all das ist den Kapitalisten zu wenig.

Sie wollen dazu den Bruch des Mieterschutzes.

Laßt nicht am Mieterschutz rütteln!

Ja sie wollen noch viel, viel mehr! Gerade darum wollen sie die faschistische Diktatur, damit sie die Ausbeutung ins schrankenlose treiben können.

Es gibt nur eine Hilfe und keine andere:

In sich selbst muß die Masse Kraft und Hilfe suchen!

Seht die Dinge wie sie wirklich sind.

Erkennt daß der Kampf unvermeidlich.

Erkennt daß die Opfer unvermeidlich.

Entweder unter dem Faschisteniefel hinkriechen oder Kampf bis zum Sieg!

Wenn sich die Masse mit dem Gedanken erfüllt: **lieber ihr als wir —**

wenn sie entschlossen den Kampf auf Tod und Leben vorbereitet —

wenn sie überall, vor allem in den Betrieben, Abwehrkomitees bildet —

wenn sie mit allen zweckdienlichen Mitteln die faschistischen Stützpunkte in den Betrieben bricht —

und wenn die Masse sich im entscheidenden Moment wie eine Springflut erhebt keine Opfer scheuend —

dann wird sie im Kampf sich selbst bewaffnen — und nicht anders ist die Bewaffnung der Massen heute zu lösen! — und mit den Waffen in der Hand wird sie den Faschismus zertrümmern und Staat und Wirtschaft nach den Interessen der Arbeiterklasse gestalten.

Der unausweichliche Kampf mit dem Faschismus wird der Arbeiterschaft mit Blut und Eisen einhämmern, daß es für das Proletariat nur einen Rettungsweg gibt: Die proletarische Diktatur.

Stalins vorletzte Etappe.

Bucharin und Tomski sind abgesägt. Rykow wurde noch eine Gnadenfrist gegeben. Eine große Parteireinigung soll Stalin von allen befreien, die ihm unbequem. Stalin ist auf dem Gipfel. Aber seine Basis wird immer schmaler. Die nächste Etappe bringt seinen Fall.

Stalin hat die Rechten gestürzt, aber ihre Politik ist seine Politik mit ultralinker Maskerade. Die Lage der russischen Arbeiter muß sich daher weiterhin verschlechtern, die Bedingungen für die Arbeit der Linksoption müssen sich verbessern.

Der Lebensmittelmangel in den Städten steigt, der Reallohn sinkt, Arbeitsanforderung und Arbeitsleistung steigen. Stalin baut den Kapitalismus auf. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter seinen „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ auf die Dauer ruhig hinnehmen werden.

In den außerrussischen Parteien kommandiert Stalin zur Verdeckung seiner russischen Rechtspolitik einen verschärften ultralinken Kurs, der die Kommunistischen Parteien dem Abgrund zutreibt.

Das Blutbad am 1. Mai in Berlin wurde herbeigeführt durch Zörgiebel's Verbot des Maiumzuges. Die Verantwortung für das vergossene Blut fällt ausschließlich auf die SPD. Darüber kann es nicht den geringsten Zweifel geben. Aber war es

notwendig zu einer Taktik zu greifen, die das Proletariat in eine schwere Niederlage geführt hat und führen mußte?! War es notwendig die Kommunisten von den Massen zu isolieren?! Dafür die Verantwortung trägt die Stalinfraktion. Daweil sich die Partei darüber zerkrampft, zersetzt, schreibt die Stalin-Klique über den ersten Mai — Sieg! . . . — und bereitet ähnliche neue „Siege“ vor.

So auch in den anderen Ländern. Die offiziellen Kommunistischen Parteien überkicksen sich im Ultralinkstum, aber es klingt immer hohler. Wie lange noch?

Stalins Fall ist unausweichlich. Auf Stalins Fall folgt weder die Rechte, noch die bürgerliche oder bäuerliche Demokratie. Auf Stalin folgt unausweichlich die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie, die die bonapartistisch-faschistische Diktatur aufrichten will, und dem Proletariat, das die proletarische Diktatur, die der Verbrecher Stalin der Bourgeoisie immer mehr in die Hände spielt, retten will, retten wird. Retten wird durch die Selbstbesinnung der Kommunisten! Retten wird durch die Einigung aller Kommunisten! Retten wird unter Führung der Leninopposition!

15. Juni 1919.

Zehn Jahre sind seither verflossen!

Der 15. Juni entsprang objektiv dem Druck einer außerordentlichen Zwangslage, subjektiv der ehrlichen revolutionären Ungeduld der Partei. Die Partei konnte nicht leisten, was nur die Klasse (oder wenigstens deren entscheidende Schichten) hätten leisten können. Eine Taktik, die sich wirklich auf die Gewinnung und Mobilisierung der wirklich breiten Massen konzentriert hätte, hätte weit günstigere Ergebnisse gezeitigt für Räte-Ungarn und die KPOe. Trotz der fehlerhaften Taktik: vor der Geschichte steht die Partei in voller revolutionärer Ehre da.

Wenn wir heute die offiziellen kommunistischen Parteien zu einer ähnlichen Taktik greifen sehen, so nicht unter dem Druck einer Zwangslage noch auch aus revolutionärer Ungeduld, sondern einfach unter dem ganz gewöhnlichen Druck der Stalinfraktion und ihres Apparates. Gerade weil Stalin mitten drin ist die Person der Rechten zu erledigen indem er die proletarierfeindliche Politik der Rechten durchführt, hat er das Bedürfnis die Arbeiter darüber zu

täuschen durch das Ultralinkstum der Kommunistischen Parteien, auch wenn diese sich dabei zu Grunde richten.

Mehr denn je ist daher der 15. Juni für uns Kommunisten ein Tag der Selbstbesinnung.

Gerade dadurch, daß wir aus der Erfahrung des 15. Juni lernen, werden wir dem Andenken derer, die am 15. Juni im Kampf für die proletarische Revolution gefallen, gerecht. Sie sind nicht umsonst gefallen. Damals und Jahre hindurch hat die große Masse der österreichischen Arbeiter nicht verstanden, was es klassenmäßig bedeutet, daß Renner den Schöber der Hirlgasse als den besten Beamten der Republik bezeichnete. Der 15. Juli 1927 und noch mehr der 1. Mai 1929 in Berlin beginnen vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen zu öffnen. In dem Maße als die Kommunistischen Parteien gesunden, werden die Massen den Weg zum Kommunismus finden, wird der Tag kommen, an dem wir die Gebeine der toten Helden des 15. Juni 1919 dort zur Ruhe betten werden, wo sie hingehören: beim Siegesdenkmal der proletarischen Diktatur in Oesterreich.

Was wird in der nächsten Zeit veröffentlicht?

Die Presse hat berichtet, daß Genosse Trotzky einen Fond für die Herausgabe von Lenins Werken und wichtigen Parteidokumenten, deren Veröffentlichung in der Sowjetunion vom Stalin-Apparat verboten ist und als ein konterrevolutionäres Verbrechen bestraft wird, gegründet hat. Wir geben hier eine Aufzählung jener Arbeiten, die in erster Reihe veröffentlicht werden.

1. Protokolle der Märzberatung von 1917 der Bolschewistischen Partei.

Diese Protokolle sind ein historisches Dokument von unermesslicher Bedeutung. Sie schildern die Position Stalins, Molotows, Rykows und anderer gegenwärtiger Führer am Vorabend der Ankunft Lenins in Rußland. Die Protokolle enthalten eine unveröffentlichte Rede Lenins, gehalten am Tage der Ankunft in der letzten Beratungssitzung. In dieser Rede stellt sich Lenin der Beratung unversöhnlich entgegen und droht mit dem Bruch mit ihren Leitern, d. h. mit Stalin, Rykow, Kamenew und den anderen. Alle jene Gründe, die Stalin auf der Märzberatung zur Verteidigung opportunistischer Politik entwickelte, wiederholte er fast wörtlich in den

Jahren 1923 bis 1927 in Bezug auf die deutsche Revolution, das Anglo-russische Komitee und die chinesische Revolution.

Daraus wird es klar, welch gewaltiges, theoretisches und politisches Interesse dieses Dokument in der Geschichte unserer russischen Partei darstellt.

2. Protokolle der Sitzung des Petrograder Komitees vom 1. November 1917.

Diese Sitzung war der Frage der Koalition mit den Menschewiki und S. R. (Sozialrevolutionäre) gewidmet. In der Sitzung sind Lenin und Trotzky aufgetreten. Die Protokolle enthalten das Stenogramm einer programmatischen Rede Lenins und zweier prinzipieller Reden Trotzky's. Eben in dieser seiner Rede spricht Lenin von Trotzky als den „besten Bolschewiken“. Dieses Protokoll war gesetzt, wurde aber nachher auf Verfügung Stalins, aus der Protokollsammlung des Petrograder Komitees vom Jahre 1917 entfernt. Wir verfügen über Korrekturabzüge mit Notizen der Leiter des Ispart (Institut für Parteigeschichte d. R. K. P.) und hoffen einen photographischen Abdruck dieses bemerkenswerten Dokumentes herzustellen, welches von der Internationale böswillig verheimlicht wurde.

3. Protokolle der Beratung der Militärdelegierten zum achten Parteitag der R. K. P.

Diese Beratung war gewidmet der Behandlung der Grundfragen der Militärpolitik und des Aufbaues der Roten Armee. Die Gegner der Linie Trotzky unterwarfen, unter verhüllter Form Stalins, die militärische Führung einer scharfen Kritik. Trotzky war an der Front. Lenin ist mit einer entschlossenen Verteidigung der Militärpolitik Trotzky's aufgetreten. All dies erklärt zur Genüge, weshalb die Protokolle dieser historischen Sitzung sowohl vor der Internationale als auch vor der R. K. P. verheimlicht werden.

4. Briefwechsel Lenins mit Trotzky

und anderen Militärarbeitern während und nach dem Bürgerkrieg in den Fragen der Wirtschaft usw. Während zufällige und mitunter jeder politischen Bedeutung bare Zettel und Entwürfe Lenins veröffentlicht werden, sind seine Briefe aus der Epoche des Bürgerkriegs sorgfältig von der Partei verheimlicht worden, da man nach diesen Briefen fehlerlos die Bedeutung und die politische Rolle vieler gegenwärtiger Führer feststellen kann. Die Zahl solcher Briefe ist unüberschaubar. Wir hoffen in der nächsten Zeit mehrere hunderte Briefe, Zettel und Telegramme Lenins mit notwendigen Kommentaren veröffentlichen zu können.

5. Lenins Briefe über die nationale Frage, gerichtet gegen die nationale Politik Stalins.

6. Lenins Briefe zu den Fragen des Außenhandelsmonopols, Staatsplanes usw.

Alle diese Briefe sind entweder gegen die Politik Stalins gerichtet, oder aber sie untergraben die Wurzel der von ihm gebildeten Legenden über den Trotzkyismus.

7. Die Reden und Auszüge aus den Reden der Delegierten am 15. Kongreß,

die aus den Protokollen durch die Stalin-Zensur nur deshalb ausgeschlossen sind, weil diese Reden der Mehrheitsanhänger eine volle und für Stalin schlagende Bestätigung geben, für die Richtigkeit der Standpunkte der Opposition in den chinesischen und anderen Fragen.

8. Stalins Aufsätze und Reden aus der Zeit 1917—1923, von Stalin seit dem Jahre 1923 verboten. Das sind die Dokumente, die wir in erster Linie herauszugeben beabsichtigen.

Wer leitet heute die Komintern?

Von Leo Trotzky.

Nichts bezeichnet treffender den veränderten Charakter der offiziellen Partei in der Sowjetunion als ihr Verhalten zu den Fragen der internationalen Revolution. Für die Mehrheit der Apparatsleute ist die Komintern eine Behörde geworden, um die sich diejenigen zu kümmern haben, die dazu verpflichtet worden sind. Man muß direkt heraus sagen, daß die jetzigen Zeitungsinformationen in der SSSR über die inneren Vorgänge in der internationalen Arbeiterklasse den bestimmten gegenwärtigen Interessen der führenden Spitze angepaßt sind, man kann ihnen ganz und gar keinen Glauben schenken. Von einem ununterbrochenen Verfolgen der Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihres inneren Kampfes ist gar keine Rede. Einige Vorgänge werden vertuscht, andere, im Gegenteil, aufgebauscht und da nur episodisch. Nach einer langen Pause erscheint plötzlich eine „neue Gefahr“, eine „neue Abweichung“, — eine Katastrophe. Der Leser jedoch erfährt erst von dieser Katastrophe, nachdem die entsprechenden Organe ihre „Maßnahmen“ getroffen haben. Dem Leser (d. h. der Partei) wird einfach mitgeteilt, daß die Katastrophe, von deren Anwachsen er gar keine Vorstellung hatte, durch den gestrigen Beschluß des Präsidiums liquidiert worden ist, und daß der in Frage kommenden nationalen Sektion die Bedingungen eines „einheitlichen“ Blühens gesichert sind. Diese immer gleichbleibende Anwendung macht den Leser stumpf, bringt in ihm Gleichgültigkeit hervor. Das Durchschnittsparteimitglied fängt an, sich zu den aufeinanderfolgenden Katastrophen in der Komintern, zum Teil auch in seiner eigenen Partei, so zu verhalten, wie der Bauer bei Hagel oder Trockenheit: Da ist nichts zu machen, man muß es geduldig ertragen.

Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Prozeß nur denkbar ist auf dem Hintergrund der Niederlagen der internationalen Revolution, und dabei solcher Niederlagen, deren Sinn niemals der Parteimasse aufgedeckt wird; denn den Sinn dieser Niederlagen aufdecken — bedeutet die Unfähigkeit der Leitung aufdecken. Die zerstörende Kraft dieser Methoden ist kolossal. Nur das große ideelle und moralische politische Kapital aus der Vergangenheit und die Tatsache, der Existenz des Arbeiterstaates, der aus der Oktoberrevolution hervorgegangen ist, gibt der Komintern die Möglichkeit, noch immer im Rahmen ihrer Organisation, die in der ganzen Welt (außer der SSSR) 400 bis 500 Tausend umfassen, und übrigens nicht mehr.

Theoretische Gewissenlosigkeit wurde eine der wichtigsten Waffen im inneren Kampf. Diese Tatsache allein ist ein sicheres Zeichen der schweren Krankheit, die den Organismus der Komintern zerfrißt. Die ideelle Gewissenlosigkeit einer revolutionären Leitung ist dasselbe wie die Liederlichkeit und Unsauberkeit eines Chirurgen. Das eine wie das andere führt unweigerlich zu einer Vergiftung des Organismus. Die theoretische Gewissenlosigkeit der Leitung ist indessen kein Zufall und keine persönliche Eigenschaft: sie entsteht aus dem Widerspruch der Prinzipien des Leninismus und der tatsächlichen Politik der Stalinschen Fraktion. Je weniger Autorität und Geschlossenheit, desto mehr — Druck. Die Disziplin, die notwendig ist, wie das Salz in die Speise, ist

in den letzten Jahren dazu erkoren, die Speise selbst zu ersetzen. Aber es ist noch keinem gelungen, von Salz satt zu werden.

Dem Kurs und dem Regime entsprechend, findet eine Auswahl von Personen statt. Die kommunistischen Kämpfer werden immer mehr durch Abteilungsleiter des Kommunismus ersetzt. Das sieht man am größten und am krassesten im Brennpunkt der kommunistischen Leitung, in dem zentralen Apparat der Komintern.

Es ist daher im höchsten Maße wichtig, klar zu sehen, welche Elemente, Vertreter welchen politischen Kurses vereinigen in der Gegenwart die wichtigsten Fäden der Komintern. Es genügt einfach mit dem Finger auf einige besonders „überzeugende“ Figuren hinzuweisen, die die heutige führende Linie und das heutige Regime vertreten.

Da die Galerie der Stalinschen Komintern mit irgendeinem anfangen muß, so nennen wir als ersten **Bela Kun**,

ohne ihn damit weder im guten noch im schlechten Sinn irgendwie besonders hervorzuheben. Die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß Bela Kun in jedem Fall nicht das schlechteste Element der regierenden Schicht in der Komintern darstellt. Ihn ergänzen zwei andere ungarische Kommunisten: Varga und Peper. Alle drei spielen eine internationale Rolle, da sie ununterbrochen als Lehrer und Erzieher der nationalen Sektionen auftreten. Zwei von ihnen: Kun und Peper sind außerdem qualifizierte Spezialisten auf dem Gebiet des Kampfes gegen den „Trotzkismus“. Einen Abglanz von Autorität wirft auf sie noch immer die kurzfristige Sowjetrepublik in Ungarn. Aber man darf indessen nicht vergessen, daß diese Politiker die Macht zu erobern nicht brauchten: die Macht ist ihnen einfach von der in eine Sackgasse geratene Bourgeoisie unterschoben worden. Nachdem sie die Macht ohne Kampf genommen hatten, zeigten die ungarischen Führer, daß es über ihre Kraft ging, sie zu behalten. Ihre Politik war eine Kette von Fehlern. Es genügt auf zwei dieser Kettenglieder hinzuweisen: erstens, sie hatten das Bauerntum vergessen, sie gaben ihm kein Land; zweitens vereinigten sie in ihrer Freude die junge kommunistische Partei mit der linken Sozialdemokratie, sobald sich die letztere an die Macht heranschmeichelte. Damit bewiesen sie — und in erster Linie Bela Kun — daß die russische Revolution sie nichts gelehrt hat, weder in der Bauernfrage noch in der Frage der Rolle der Partei während der Revolution. Natürlich finden diese Fehler, die der ungarischen Revolution den Kopf kosteten, ihre Erklärung in der Jugend der ungarischen Partei und in dem äußersten Unvorbereitsein ihrer Führer. Ist es aber nicht niederschmetternd, daß gerade Bela Kun und sein sozialdemokratischer Schatten, Peper, sich als die Berufenen halten, uns Oppositionelle, des Nichtverstehens der Rolle der Partei zu bezichtigen? Wo steht das geschrieben, daß der Mensch, der aus Leichtsinne seinem Nächsten Arme und Beine gebrochen hat, zum anerkannten Professor der Chirurgie wird.

Auf dem III. Kongreß nahm Bela Kun samt seiner notwendigen Ergänzung, dem Peper, eine ultralinke Position ein. Sie verteidigten die Märzstrategie

1921 in Deutschland, einer ihrer wichtigsten Schöpfer war Bela Kun. Ihre Position konnte man dahin zusammenfassen, daß, wenn man nicht sofort eine Revolution in Westen hervorrufen könnte, die Sowjetrepublik dem Niedergang geweiht ist. Bela Kun hat mich mehr als einmal zu überreden versucht, auf diesem Wege „das Glück zu versuchen“. Ich schlug seinen Putschismus rundweg ab, zusammen mit Lenin erklärte ich ihm auf den III. Kongreß, daß die Aufgabe der europäischen Kommunisten nicht in der „Rettung“ der U. d. S. S. R. bestehe, mit Hilfe von revolutionären Inszenierungen, sondern in einer ersten Vorbereitung der europäischen Parteien zur Eroberung der Macht. Jetzt hält sich Bela Kun, mit all den anderen Peper, für berufen, mich des Unglaubens an die lebendigen Kräfte der Sowjetunion zu zeihen und der alleinigen „Spekulation“ auf die Weltrevolution. Die sogenannte Ironie des Schicksals trägt hier direkt den Charakter des Narrentums. Wirklich, nicht zufällig ist der III. Kongreß unter der Begleitmusik der Leninschen Formulierung: „Das alles — sind Dummheiten Bela Kuns“ vor sich gegangen. Und als ich nachher in einem Gespräch mit Lenin unter vier Augen Bela Kun vor dem sehr harten Urteil in Schutz zu nehmen versuchte, antwortete Lenin: „Ich will nicht streiten, er ist keine Kampfnatur, aber ganz und gar kein ernsthafter Politiker; man muß die Genossen lehren, ihm nicht zu glauben.“

Peper

ist der vollendete Typus eines Menschen, der sich anzupassen versteht, eines politischen Schmarotzers. Solche Leute kleben — und werden immer wieder kleben — an der siegreichen Revolution, genau so wie Fliegen sich immer wieder auf Zucker setzen. Schon nach der Niederschlagung der Sowjetrepublik in Ungarn versuchte Peper mit dem Grafen Karoly in Verbindung zu treten. Auf dem III. Kongreß gehörte er zu den Ultra-Linken. In Amerika wurde er der Verkünder der Partei Lafolette und zog die junge kommunistische Partei bis an den Gürtel in den Sumpf. Es ist wohl kaum nötig zu sagen, daß er ein Prophet des „Sozialismus in einem Lande“ wurde und einer der unversöhnlichsten Anti-Trotzkysten. Jetzt ist das einfach zu seiner Profession geworden, so wie andere aus Liebhaberei Lotteriebilletts verkaufen.

Varga

ist der Typus eines theoretischen Polonius der gerade am Ruder befindlichen Leitung der Komintern. Ohne Zweifel ist Varga mit seinem Wissen und seinen analytischen Eigenschaften ein qualifizierter Arbeiter von großem Nutzen. Aber bei ihm findet man auch nicht den geringsten Ansatz zum revolutionären Willen. Von dieser Seite ist Varga eine Miniatur-Ausgabe eines Kautsky. Er war Brandlerianer unter Brandler, Maslowist unter Maslow, Thälmannist bei dem leeren Platz, den man Thälmann nennt. Er serviert sehr gewissenhaft und sorgfältig die ökonomischen Argumente zur fremden politischen Linie. Die objektive Bedeutung seiner Aufgabe wird voll und ganz von der politischen Qualität der Bestellung erschöpft, auf welche er jedoch nicht den geringsten Einfluß hat. Die Theorie des Sozialismus in einem Lande verteidigt er durch den Hinweis auf die politische Unkultiviertheit des russischen Arbeiters, welcher einer „tröstenden“ Perspektive dringend bedarf.



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, XVI, Hyrtlgasse 19/4 zu richten

Brief eines Berliner Arbeiters.

Muß Euch mal antworten auf die Nachrichten der „Arbeiter-Stimme“. Daraus habe ich herausgefunden, daß unsere Leidensgenossen, die Proletarier ebenso rechtlos gemacht werden wie bei uns in Deutschland. Urterdrückt, vor allem politisch und wirtschaftlich, die Arbeitslosenunterstützung so viel wie möglich gestrichen, nur einen Teil des Proletariats ist es möglich im Produktionsprozeß zu stehen. Die Verdienstmöglichkeiten sind ebenfalls so, daß die eine Branche etwas besser gestellt wird als die andere, aus Berechnung um sie gegeneinander auszuspielen. Nun wie steht der Staat zur Kirche? Auch da wird wieder versucht die Menschheit mit dem Pfaffengift zu betäuben. Das große Geschäft der schwarzen Kuten, Konkordate, wird auch hier in Deutschland unter Dach kommen mit Hilfe der sozialdemokratischen Lakaien. Der 1. Mai hat uns viel gelehrt, hat gezeigt wie es mit der Sozialdemokratie aussieht, wenn das Proletariat unter der „freiesten“ aller Republiken seine gerechten Forderungen auf der Straße demonstrieren will.

Noch ist der Reformismus stark durch die SPD und die von ihr geführten Gewerkschaften. Noch kann sich das Kapital behaupten. Eine Kommunistische Internationale muß entgegengestellt werden, welche auf dem proletarischen Klassenkampf steht, fest und entschlossen den Lehren Marx und Lenins folgt und alle alten Bolschiwiken aus der Verbannung zurückberuft, Trotzky und alle Ausgewiesenen.

Ihr steht in Oesterreich jetzt mitten im Kampf um den Mieterschutz. Bei uns in Deutschland geht das gemütlich zu. Die Beiträge zu den Bauzuschußkosten werden gleich jeden Monat bei der Miete eingezogen und müssen an den Staat abgeliefert werden. Kommst du noch wirklich zu einer Neubauwohnung die beschlagnahmefrei ist, so mußt du mindestens ein guter Verwandter von Rothschild sein. Zwei kleine Kammern (Stuben kann man schon nicht sagen) kosten mindestens 120 Mark pro Monat, oft noch mehr! Sonst ist es in Berlin nicht möglich Wohnung zu bekommen. Eine Wohnung durch das Wohnungsamt für Neubauten würde 80 bis 90 Mark monatlich kosten. Welcher Arbeiter würde die Miete zahlen können für das ganze Jahr hindurch?! Will hiermit bloß erzählen, daß keine Möglichkeit für uns Arbeiter besteht, eine Neubauwohnung zu bezahlen. Die Jungverheirateten müssen sich in den Elternwohnungen herumdrücken oder sonst ein leeres Zimmer für sehr viel Geld mieten. Daß sind die herrlichen Zeiten, das ist der „marschierende Sozialismus“, von dem die Sozialdemokratie faselt.

Mit Kampfgruß
R. O.

Dankenswerte Offenheit.

In einer Betriebsversammlung sagte in seinem Referat, Gemeinderat und Gewerkschaftsfunktionär K. in Bezug auf den Streik in der Automobilbranche folgendes: „Wir — die Gewerkschaft — mußten unsere prinzipielle Forderung aufgeben (Feiertagsbezahlung), weil aus diesem Gewerkschaftsteil ein politischer Kampf geworden wäre, denn die Heimwehren drohten in diesem Kampfe einzugreifen. Wir sind aber an einem politischen Machtkampf jetzt nicht interessiert, darum mußten wir von unseren Forderungen Abstand nehmen, wir werden aber usw. Also die Heimwehr-Faschisten brauchen bloß mit ihrem Eingriff zu drohen und unsere Gewerkschaftsstrategen schnappen ein wie ein Taschenfehl. Bisher und heute noch, versucht Partei und Gewerkschaft die faschistische Bewegung in Oesterreich zu bagatellisieren, sie vor uns Arbeitern als bedeutungslos hinzustellen. Ist die faschistische Bewegung wirklich so bedeutungslos, so ist das spontane Aufgeben der Forderungen in der Autoindustrie ein glatter Verrat. Oder ist es kein Verrat? Dann liefert uns Partei- und Gewerkschaftsführung mit verbundenen Augen dem Gegner aus, macht uns kampfunfähig, indem sie uns die faschistische Gefahr nicht erkennen läßt, uns in Sicherheit wiegt, solange bis wir kampfflos geschlagen sein werden wie unsere italienischen Genossen.“

A. Ch. Metallarbeiter, Sozialdemokrat, III.

Die Stimme einer Arbeiterfrau.

Unheimlich ist's, was jetzt auf die werktätige Bevölkerung und insbesondere auf uns proletarische Frauen niederprasselt. Müssen wir doch mit dem kargen Einkommen das Auslangen finden und sollen Mann und Kinder satt machen. Ein Leben kann es nicht genannt werden, was heute eine Arbeiterfamilie führt,

es ist bloß ein Vegetieren. Traurig müssen wir proletarischen Frauen erkennen, daß es trotz unserer Rechenkünste unmöglich ist, unsere Familie so zu ernähren, daß sie auch gesund bleibt. Es geht abwärts mit der Volksgesundheit. Dafür hat die glorreiche Seipelregierung ausgiebig gesorgt. Zum Abschied hat sie uns die Erhöhung der Preise aller lebensnotwendigen Waren durch die Zölle, durch die Einfuhrbeschränkungen usw. bescheert. Fleisch wird eine Seltenheit auf dem Tische der Proletarier. Weitere Unterernährung ist die Folge. Und weil es uns noch zu gut geht, wollen sie uns auch noch die Mietzinse erhöhen. Wie die Arbeitslosen und die vielen alleinstehenden Frauen, die Gelegenheitsarbeiterinnen sind, den 3000fachen Zins zahlen sollen, darüber bleiben jene, die uns regieren, die Antwort schuldig. Sie gehören allesamt ins Tollhaus. Meine Nachbarin, eine arme Witwe, spricht auch immer davon, es bliebe uns nichts übrig als sich aufhängen. Das ist Seipels Seelenanierung. Kommt so eine arme arbeitslose Bedienerin, die ohne jede Unterstützung ist, zum Fürsorgeamt, (der nebenbei gesagt ein Sozialdemokrat ist), so fragt er sie, ob sie keine Ersparnisse hat. Von vierzig Schilling monatlichen Verdienst soll sie noch Ersparnisse haben! Sie gab ihm zur Antwort: „Ihnen muß es aber gut gehen!“ Bekommen hat sie nichts, denn der Fürsorgeamt hat gesagt, er müsse erst am Fürsorgeamt nachsehen, ob Geld da sei. Die Gemeinde spart an den Aermsten, drosselt die Fürsorge, sie sollte lieber das Wort „sozial“ nicht gebrauchen.

Ein Erfolg der Einigkeit.

Die Arbeitslosen der Stadt Hainburg a. d. Donau ließen im heurigen strengen Winter durch das von ihnen gewählte Komitee der Gemeindevertretung ihre Forderungen nach Kohle, Milch für die Kinder und eine einmalige Geldaushilfe an die Ausgesteuerten, überreichen. Der Gemeinderat bewilligte einen Teil der Forderungen. Interessant war das Verhalten der Bürgerlichen. Sie, die alle ausgefressen und warm angezogen waren und jeder den Keller voll Kohle hatten, bekundeten für das Elend der Arbeitslosen wenig Verständnis. Freilich, abzulehnen und Beifall zu klatschen wie im Parlament, wagten sie nicht. Aber die Zierde der Wirtschaftsparteiler im hiesigen Gemeinderat, Herr Erndt erklärte: „No, wenn niemand sich etwas zu sagen traut, so sag' ich es. Die Arbeitslosen verlangen nur immer. Aber arbeiten wollen's nix. Wenn's ihnen kalt ist, sollen sie zum Nachbarn wärmen geh'n.“ Herr Erndt, was würden Sie sagen, wenn wir uns zu Ihnen wärmen kommen würden?! Arbeitslose merkt euch diese Leute und gebt ihnen auch bei den Gemeinderatswahlen im Herbst die nötige Antwort.
Ein Hainburger Arbeitsloser.

Fort mit dem Abtreibungsparagraph!

Doppelt und dreifach lastet die Wirtschaftskrise auf den Schultern der österreichischen Arbeiterfrauen. Sie sind es, die mit dem kärglichen Lohn, dem Bettel der Arbeitslosenunterstützung, die Familie versorgen müssen. Die proletarische Hausfrau spürt am deutlichsten das Sinken des Reallohnes ihres Mannes, denn immer mehr muß beim Einkauf der lebenswichtigsten Artikel gespart werden, und gerade diese werden zuerst verteuert.

Tausende Mütter können den Hunger der Kinder kaum mit Brot stillen. Aber auch dort wo der Mann noch im Betrieb steht, wird Mangel gelitten. Kein Wunder wenn die Sterblichkeit der Proletarierkinder von Jahr zu Jahr wächst. Schon an der Mutterbrust darben die Säuglinge.

Angesichts dieser zum Himmelschreienden Verhältnisse, wagt es die Regierung einen Paragraph aufrecht zu erhalten, der unter Androhung schwerer Strafen den Frauen verbietet, einen Eingriff in das keimende Leben vorzunehmen. Und nur gegen die armen Frauen ist der § 144 gerichtet, die Frauen der besitzenden Klasse, wenn sie sich aus nichtigen, unmoralischen Gründen ihrer Leibesfrucht entledigen wollen, gehen in ein Sanatorium und hier wird von geschulten Aerzten, unter dem gebräuchlichsten Vorwand einer Blinddarmentzündung die Frucht genommen. Der Abtreibungs-Paragraph ist also ein ausgesprochener Klassenparagraph.

Wie oft vertrauen sich Frauen elenden Pfuschern an, oder nehmen gar mit den gefährlichsten Instrumenten selbst einen Eingriff vor. Nicht gering ist die Zahl der Frauen, die so an Blutvergiftung zu Grunde gehen oder lebenslänglichem Siechtum verfallen. Andererseits greifen oft schwangere Frauen in der Verzweiflung, das zu erwartende Kind nicht ernähren zu können zum Selbstmord.

Sollen wir da noch länger zusehen?! Die Arbeiterfrauen müssen die Beseitigung des § 144 und kostenlose Vornahme der Operation in den Spitälern erkämpfen.

Die sozialdemokratischen Frauen haben am letzten Frauentag, den 14. April, eine mächtige Standarte mit der Losung: „Fort mit dem § 144“ getragen. Ist es aber der Sozialdemokratie Ernst mit dieser Forderung? Kennen wir Frauen nicht längst den Vorschlag des Prof. Tandlers der da Schiedsgerichte vorschlägt und nur eine „Reform“ herbeiführen will? Wir haben mit den sozialdemokratischen Reformen die schlechtesten Erfahrungen gemacht.

Verlaßt euch Arbeiterfrauen daher nur auf jene, die aus euren Reihen kommen, auf die Kommunisten, die in denselben Verhältnissen leben wie ihr, die wissen wo euch der Schuh am meisten drückt. Stärkt die Reihen der Kommunisten-Leninisten, kämpft mit uns für diese Forderung und alle anderen wirtschaftlichen, letzten Endes aber für die gänzliche Beseitigung des kapitalistischen Staates, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Dort erst werdet ihr sorglos Mutter werden können, dort gehen eure Kinder einer besseren, freien Zukunft entgegen.

Liesl H., Arbeiterin, Wien VII.

Unerträgliche Zustände im Gefängnis des Bezirksgerichtes Hainburg.

Daß in unseren ländlichen Bezirksgerichten die Vorschriften über die Behandlung der Häftlinge nicht so durchgeführt werden wie es sein soll, ist bekannt. Solche Dinge aber wie sie im Bezirksgericht Hainburg vorgekommen sind, sind einfach unerträglich.

Unglaublich klingt es, wenn man hört, daß die Häftlinge nicht einmal ein Waschgeschirr haben. Vor nicht langer Zeit war auch kein Leintuch und Handtuch vorhanden. Von einer gründlichen Reinigung z. B. durch Bad ist keine Rede. Es kommt vor, daß Häftlinge ein bis zwei Monate und noch längere Strafen verbüßen müssen. Auf ihr Ersuchen, sich endlich einmal baden zu dürfen, erhalten sie vom Aufsichtsorgan die Antwort: „Wir haben kein Brennmaterial.“ Es ist furchtbar, daß den Häftlingen auch die Stunde zum Spazieren entzogen wird. Ein Tier sperrt man nicht in einen Stall, ohne es in acht Tagen einmal in frische Luft zu lassen. Wir fragen nun die dafür Verantwortlichen: „Muß ein Häftling, der zu einer einfachen Freiheitsstrafe verurteilt ist, auch an seiner Gesundheit Schaden leiden?!“

Vor einiger Zeit hat sich in diesem Hause folgendes zugetragen: Die Häftlinge bekamen etwas Holz zum Einheizen. Der Ofen fing furchtbar an zu rauchen. Das kleine Fenster wurde schnell aufgerissen, aber der Rauch wurde immer unerträglicher. Die Häftlinge läuteten. Der Gefängnismeister war jedoch nicht anwesend. Seine Gattin kam und sagte uns, daß sie den Schlüssel zum Gefängnis nicht habe. Wir fragen nun den Herrn Oberlandesgerichtsrat Eugen Kurz: Wo gehört der Schlüssel zum Gefängnis hin? Wo befanden sich die Schlüssel in diesem kritischen Moment? Ist es nicht genug ohne Spaziergang? Sollen die Häftlinge auch noch vom Erstikungstod bedroht sein? Auf die Beschwerde einiger Häftlinge gegen den Praktikanten Eisinger gab der

Herr Oberlandesgerichtsrat ihm vor den Häftlingen den strengen Auftrag, die Häftlinge sofort spazieren gehen zu lassen. Wir hatten große Freude und harreten, endlich spazieren gehen zu dürfen. Wer uns nicht spazieren gehen ließ, war — der Herr Eisinger. Natürlich hat sich der Herr Oberlandesgerichtsrat um das nicht gekümmert. In diesem Hause kennt man nur Pflichten der Häftlinge, nicht aber ihre Rechte.

Interessant ist auch der Lesestoff, der den Häftlingen auf Verlangen verabreicht wird. Zum Beispiel: Biblische Geschichte des alten und neuen Testaments aus dem Jahre 1847 und dergleichen.

Zu diesem Bericht eines Hainburger Arbeiters fügen wir noch folgenden Brief bei, den ein Häftling uns eingeschendet hat:

Ich wurde heute aus der Haft entlassen und gebe meiner Erbitterung darüber Ausdruck, daß auch ich wie meine anderen Zellengenossen mich darüber beschwere, weil mir meine tägliche Stunde Ausgang ungerechtfertigter Weise entzogen wurde.

Ernst Adler, Bratislawa, Schoendorfergasse 39.

Ein Erlebnis.

Freitag ging ich vom Gruppenabend heim. Unterwegs höre ich in meiner unmittelbaren Nähe plötzlich: „Alle sind sie Gauner, die Christlichen, die Sozi und die Kommunisten. Wenn sie oben sind, füllen sie sich die Taschen und denken nicht mehr davon, dem Volk zu helfen.“ Ich blickte mich um und sehe einen Arbeiter mit seiner Frau. Ich sagte gleich: „Entschuldigen Sie, daß ich sie anspreche, ich bin gerade eine Kommunistin und gehöre der Opposition an. Die Kommunisten haben den Arbeitern 1918 vorausgesagt, wie es kommen wird, wenn sie dem Beispiel der russischen Revolution nicht folgen und die Kapitalisten und Grundbesitzer nicht enteignen. Die Sozialdemokratie ist keine Vertretung der Arbeiterklasse, sie ist eine kleinbürgerliche Partei. Die Kommunisten sind ehrlich bestrebt, dieses System, diese Gesellschaftsordnung zu stürzen. Nur die Kommunisten meinen es ehrlich mit dem Proletariat.“ — Ich weiß nicht mehr ganz genau, was ich sonst noch gesprochen habe, Tatsache ist, daß meine Worte starken Eindruck auf diese zwei Menschen gemacht haben, ich sagte, daß ich ihnen unsere Zeitung zukommen lassen werde, sie gaben mir die Adresse und ich werde sie nächsten besuchen.
M. B., Arbeiterin.

Werdet Abonnenten!

Werbet Abonnenten!

! Werbet für die „Arbeiter-Stimme“ !

Aus einer sozialdemokratischen Lokalorganisation.

Vor mehr als einem Jahre brachte ihr Blatt an dieser Stelle einen Artikel über die hiesigen Verhältnisse, in welchem drei von denen angeführt wurden, die sich die Führung am hiesigen Platze in der SP gegen den Willen der Mehrheit anzueignen wußten, was am besten durch die Zustimmung, die der seinerzeitige Artikel erfuhr, erwiesen erscheint. Josef Staringer war dort gezeichnet, daß man sein dickes Blut bewundern muß, weil er auch nicht einen Finger dagangen gerührt hat, was wohl am besten die volle Richtigkeit des Berichteten erweist. Heinrich Kosner stellte sich auf einen ähnlichen Standpunkt wie Staringer. Er war der erste der den Mieterschutz durchbrach, indem er ohne Nötigung viel mehr als den 6000fachen Zins freiwillig bezahlte. Als Revisor der Gemeinde, wo sich ein Defizit von rund 5000 S ergab, spielte er eine sehr traurige Rolle indem er die Ausrede gebrauchte, daß der bürgerliche Revisor seiner Pflicht ebenfalls nicht nachkomme. Ja, zum Teufel, berechtigt es denn schon einen schlecht zu handeln, weil ein anderer schlecht gehandelt?! Wozu brauchen wir denn überhaupt eine Kontrolle, wenn dieselbe nicht ausgeübt wird?! Nun ist da noch der sogenannte Bezirksvertrauensmann, der sich als Nationalrat, Bundesrat, Bürgermeister vordrängende Rudolf Bank, der sich mit besonderer Vorliebe als „Oberbeamter“ zeichnet, obzwar er es nur durch die Heirat wurde, und zum Danke dafür seine eigene Frau, die sich allgemeiner Sympathie erfreut und eine sehr anständige Frau ist, aus der eigenen Behausung zu entfernen verstand, ihr einen gewissen Ziegenstall als Quartier bietend. Gegen diese und noch schwerere Vorwürfe, die gegen ihn sogar in öffentlichen Versammlungen erhoben werden, verteidigt er sich damit, das seien Privatsachen. Aber ein öffentlicher Funktionär muß auch sein Privatleben einwandfrei erhalten! Es gibt keine Partei, durch die dieser Mann nicht gegangen wäre, namentlich bei den Deutschnationalen hat er sich herumgetummelt. So schauen die drei führenden Funktionäre der hiesigen sozialdemokratischen Lokalorganisation aus.

R. St., Gänserndorf.

Angemessene Abnutzungsgebühr.

Wenn Du bei der Firma Singer, wahrscheinlich aber auch bei anderen Firmen eine Nähmaschine auf Teilzahlung kaufst, unterschreibst Du gewöhnlich einen Kaufvertrag, in dem eine Klausel enthalten ist, nach der Du der Firma das Recht einräumst, die Maschine zurückzunehmen und eine entsprechende — angemessene — Abnutzungsgebühr zu verlangen, wenn Du zwei aufeinanderfolgende Raten nicht bezahlst. Einen solchen Vertrag hat auch N. unterschrieben, hat durch 14 Monate regelmäßig seine Monatsrate zu je 21 Schilling bezahlt. Durch unvorhergesehene Ereignisse kommt er in eine Zwangslage, wo er außerstande ist, seiner Verpflichtung nachzukommen, bleibt zwei Monate die Raten bekommt er von der Firma eine Mahnung, die rückständigen 42 Schilling bis zum bestimmten Termin zu bezahlen. N. schreibt der Firma, schildert seine Lage und erklärt, daß er der Mahnung nicht Rechnung tragen könne. Darauf kommt ein Vertreter und holt, gestützt auf den Kaufvertrag, die Maschine ab. Nach einigen Tagen will sich N. sein eingezahltes Geld beheben, doch, o Schreck: er bekommt von seinen eingezahlten 294 Schilling, bloß 87 Schilling zurück, weil die Firma als angemessene Abnutzungsgebühr pro Woche, seit Liefertermin, daß sind 69 Wochen, 3 Schilling verlangt, wo ihr das Gericht sogar 4 Schilling bewilligt. Daher größte Vorsicht bei solchen Vertragsabschlüssen.

H. K., Metallarbeiter XXI.

Hinein in die Gewerkschafts-, Mieter- und Freidenkerorganisation!

Diese Selbstverständlichkeit kann man in der „Roten Fahne“ täglich lesen. Aber wie, die Kommunistische Partei, die in den Massenorganisationen wirkenden Genossen unterstützt will ich erzählen.

Für Mittwoch, den 8. Mai berief die KP im XVI. Bezirk eine Mietervertrauensmänner-Versammlung ein. Erscheinen hätten sollen von ganz Wien alle revolutionären Mietervertrauensmänner. Saalkontrolle war natürlich keine. Anwesend waren etwa 50 Personen. Aber das waren nicht lauter Kämpfer; ein Teil davon waren Schmuser, die sogenannten Schiegerl wie sie in der KP (Stalingruppe) aber schon sehr gut gedeihen. Während der Referent sehr ausführlich die sozialdemokratischen Kampfmethoden verurteilte — mit Recht —, und einige Arbeiter das Referat verfolgten, schmusten die Schiegerl untereinander sich um die Konferenz nicht kümmernd.

Es wurde ein Initiativ-Komitee gewählt, mit der Aufgabe bezirksweise Mieterversammlungen zu organisieren. Und was ist bis jetzt geschehen? Gar nichts!

In Ottakring fand am Dienstag, den 21. Mai im Arbeiterheim eine Mieter-Bevollmächtigten-Versammlung statt, in der ich anwesend war. Genosse Sever sprach sehr viel. Eingeteilt ist eine Versammlung der

SP schon so schlau, daß kein Vertrauensmann mehr Gelegenheit hatte, zu den Ausführungen der Referenten Stellung zu nehmen. Viel geredet wurde von „wenn und aber“... Einige Anwesende murmelten, trauten sich aber unter dem Druck der Stimmungsmacher nicht Stellung zu nehmen. Ich als revolutionärer Sozialdemokrat hielt Umschau ob ich nicht doch einige von der KP Versammlung bekannten Genossen zusammenziehen könne, um rasch die Sache zu organisieren, damit wir wenigstens, wenn wir schon nicht zu Worte kommen, durch laute Zwischenrufe unsere Unzufriedenheit kundgeben. Aber ich fand keinen von ihnen im Saale. Enttäuscht, (nicht das erstemal!) von dem Phrasengedresch der KP (Stalingruppe) zog ich ab. Jetzt sage ich jedem Arbeiter: verzage nicht im Kampfe; es gibt noch eine Kommunistische Partei die sehr klein ist, aber ehrlich und mit Zähigkeit den Kampf führt: das ist die Kommunistische Partei (Opposition), die Trotzkygruppe. Habe ihre Versammlungen schon öfters besucht. Diskussionen mit ihnen geführt, mit einer einzigen Ausnahme besteht diese Gruppe aus lauter Betriebsarbeitern, die sich bemühen aus der Schmuserpartei eine klare, kampftschlossene Kommunistische Partei zu machen.

Josef R., Dreher, XVI.

Vier Szenen — dem stalinistischen Proletkult gewidmet.

Für die nächste Aufführung der österreichischen Stalinisten — Sitz Alserstraße — sind uns Szenenentwürfe zugegangen, die wir auf diesem Wege dem stalinistischen Proletkult bekanntgeben. Neben höchst aktuellem Inhalt haben sie noch den Vorzug, Tatsachen anschaulich zu gestalten. Da auch der Herr und Meister Stalin und die Früchte seiner zentralistischen Politik ins richtige Licht gerückt werden, sollte sich der Proletkult um Ausarbeitung und Vorführung dieser Szenen schon bemühen. Wir lassen sie Skizzen zu vier Szenen folgen.

Erste Szene zeigt Lenin, krank, sein Testament ausarbeitend. Monolog, in dem er seine schweren Sorgen um die Zukunft der Partei und der Diktatur zum Ausdruck bringt. Szene bleibt sonst dunkel, nur Lenin schreibend in einem Lichtkegel. Plötzlich leuchtet im Hintergrund Filmleinwand auf: die markantesten Sätze aus Lenins Testament — besonders die über Stalin — werden darauf projiziert.

Anschließende Szene: Büro der G. P. U. 1929. Vor einem G. P. U.-Gerichtshof verantwortet sich ein oppositioneller Arbeiter wegen der Verbreitung von Lenins Testament. Verlangt, man möge ihn vor ein proletarisches Gericht stellen. Davon wird keine Notiz genommen. Der Arbeiter wird zu Arrest verdonnert und von Stalins Schergen abgeführt.

Die dritte Szene zeigt die Sitzung im Kreml, Januar 1918, in der eben das Dekret über die Annullierung der zaristischen Vorkriegsschulden verlesen und beschlossen wird. Mit ungeheurer Begeisterung dringen Arbeiter, Rotgardisten und Matrosen in den Saal und begrüßen diesen revolutionären Akt. Film-Zwischenspiel: Wutverzerrte Vilsagen, geballte Fäuste der Besitzer russischer Vorkriegspapiere, Aktien usw. Ihre Wutausbrüche gegen das proletarische Rußland usw.

Anschließende Szene: 1929. Stalin und Detering (Petroleumkönig) unterzeichnen eben den neuen Petroleum-Vertrag. Stalin verkauft russisches Erdöl unter dem Weltmarktpreis an den internationalen Petroleumkönig, der aus der Differenz zwischen russischem und Weltmarktpreis — die Vorkriegsbesitzer der russischen Erdölquellen entschädigt! — Film-Nachspiel 1. Teil: Eine Deputation der Vorkriegsbesitzer der Oelquellen von Baku erscheint bei Detering, sprechen ihm ihren Dank aus und erhalten ihre Entschädigung. 2. Teil: Bohrtürme von Baku. Film zeigt die Rationalisierung in den Betrieben, das mörderische Tempo, die verschlechterten Lebensbedingungen der russischen Arbeiter, mit all dem sie die Entschädigung für die Vorkriegsbesitzer bezahlen müssen.

Wegen Raummangels müssen wir von einem weiteren Abdruck von Szenenentwürfen (ihre Anzahl könnte noch beliebig fortgesetzt werden!) leider Abstand nehmen. Mögen sich die Stalinisten vorläufig mit diesen vier Entwürfen begnügen!

(Franz Od.)

AUS DER PARTEI

Trotzky-Hilfe: Liste 31: 9.—; Liste 38: 6.5; Liste 24: 7.—; Liste 26: 6.8; Liste 18: 6.5 Liste 14: 8.5; Liste 33: à konto abgeführt 11.—; Liste 28: 2.—; Liste 15: 4.20. Die Beträge verstehen sich in Schilling.

Preßfond: Ungenannter Margarethen S 1.8; Bez. Org. XVI. 20.—; Beseda 20.—.

Diskussions-Abende JEDEN FREITAG ABEND

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47,
Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliengasse 11,
Gasthaus Papier, V., Kohlgasse 4,
Gasthaus Maierhofer, XXI., Bahnstegasse 2.

Stalin im Lichte der deutschen Faschisten. Der berühmte Artikel, den wir unter diesem Titel in der Mainnummer veröffentlichten, ist dem „Volkswillen“, dem Zentralorgan des Leninbundes in Berlin, entnommen. Sein Verfasser ist Genosse Th. Köglner. Die Redaktion

ARBEITER-KULTURBUND „SPARTAKUS“ (i. Gr.)
Zentraler Sitz: Fanowitsch's Gasthaus, Wien, XVI., Koppstraße 49. — Auskünfte und Einschreibungen jeden Freitag ab halb 8 Uhr. — Tel. B-30-6-58.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Jede Kultur ist die Kultur der herrschenden Klasse. Der Künstler und der Wissenschaftler waren bisher gezwungen, sich dem Geschmack und der Anschauungen der herrschenden Gesellschaftsschicht anzupassen, wenn sie ihre Werke nicht umsonst geschaffen haben wollten. Erst seit dem politischen Aufstieg des Proletariats gibt es Ansätze für eine proletarische Kulturbewegung. Die Arbeiterklasse ist mächtig genug, um einzelnen proletarisch empfindenden und schaffenden Künstlern und Gelehrten Existenzmöglichkeit zu bieten. Erst die siegreiche Arbeiterklasse wird das bürgerliche Kulturmonopol vollständig beseitigen.

Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ eine überparteiliche aber proletarische, klassenkämpferische Organisation, will die kulturbewußten Proletarier in seinen Reihen sammeln, um ihr kulturelles Streben dem Gesamtproletariat nützlich zu machen. Auf der Ueberzeugung fassend, daß die schöpferische Kraft nicht weiter eine Treibhauspflanze des Luxus bleiben darf, sondern zur elementar zeugenden Kraft der Massenseele werden muß, hat er bereits seine Tätigkeit begonnen.

Im Arbeiterkulturbund „Spartakus“ soll aller proletarische Kulturwille Geltung haben. Es besteht eine

Bildungsgruppe

die gesellschaftswissenschaftliche, kulturpolitische und naturwissenschaftliche Vorträge und Diskussionen veranstalten wird. Es besteht eine

Wandergruppe

für proletarische Wanderungen in der freien Natur. Während jeder Wanderung wird in der großen Ruhepause den Teilnehmern ein interessanter Vortrag geboten werden. Eine

Theatergruppe

wird proletarisches Theater bieten. Darsteller und Autoren sollen die Arbeiter selbst sein. Es gibt eine

Sängergruppe

und eine

Musikgruppe

für proletarischen Gesang, für revolutionäre Musik.

Jeder klassenbewußte Proletarier kann unterstützendes oder ausübendes Mitglied der Vereinigung werden.

Arbeitende, Männer und Frauen, Junge und Alte, treten dem Arbeiterkulturbund „Spartakus“ bei!

Es lebe der der proletarische Kulturwille!

Arbeiterkulturbund „Spartakus“ (i. Gr.)

Juni-Programm der Wandergruppe:

Sonntag, den 2. Juni: Zusammenkunft halb 9 Uhr früh, Endstation 60er Mauer. Abmarsch 9 Uhr. Führer: Gen. Modl. Ziel: Jägerwiese. Trinkgefäße mitnehmen!

Sonntag, den 9. Juni: Badeausflug. Zusammenkunft halb 9 Uhr, Endstation 24er. Ziel: Alte Donau-Hahneninsel. Führer: Gen. F. Beran.

Sonntag, den 16. Juni: Zusammenkunft halb 9 Uhr, Stadtbahn-Endstation Hütteldorf. Ziel: Sofienalpe. Führer: Gen. Grünwald.

Sonntag, den 23. Juni: Badeausflug. Zusammenkunft halb 9 Uhr, Endstation 25er in Kagran. Fahrt nach Aspern, von hier über „Roten Hiasl“ zur Donau. Führer: Gen. L. Beran.

Auf jedem Ausflug wirkt die Mandolinensektion mit! Außerdem wird von der Bildungssektion auf jedem Ausflug während der Ruhepause ein kurzer Vortrag über ein proletarisches Thema veranstaltet.

Achtung! Kennzeichen der Wandergruppe für alle nachkommenden Genossen und Genossinnen: ein rotes Wimpel mit dem Abzeichen des A. K. B. „Spartakus“, am Halteplatz aufgerichtet!

Achtung! Ende Juli Sonderfahrt mit dem Schiff nach Hainburg a. d. Donau

Anmeldungen und Auskünfte jeden Freitag in den Gruppenlokalen (siehe unter Rubrik Diskussionsabende).

Eigentümer Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Franz Beran XVI., Hyrtlgasse 19/4 Druck: Buch- und Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantworflicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozagasse 8.